



**Antrag auf Erteilung Verlängerung
einer Aufenthaltserlaubnis für ukrainische Geflüchtete**
Antrag gemäß § 24 AufenthG zur Gewährung
vorübergehenden Schutzes

Hiermit beantrage ich die Erteilung bzw. Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG.

1. Angaben zur Person

Familienname _____
ggf. Geburtsname _____
Vorname _____
Geburtsdatum _____ Geburtsort _____
Staatsangehörigkeit _____
Größe in cm _____ Augenfarbe _____ Datum der Ersteinreise _____

2. Angaben zu den Ausweisdokumenten

Ausweisart _____ Nummer _____
gültig bis _____ Ausstellungsbehörde _____

Bitte fügen Sie diesem Antrag eine Kopie der Lichtbildseite Ihres Ausweisdokumentes und der Seite mit dem Einreisestempel der Flucht bei.

3. Angaben zum Familienverband

Anzahl der mitgeflüchteten Familienmitglieder _____

Verwandschaftsverhältnis der Mitgeflüchteten:

Kinder Anzahl _____ Onkel Anzahl _____
 (Schwieger-)Eltern Anzahl _____ Tante Anzahl _____
 Großeltern Anzahl _____ Cousins Anzahl _____
 Anderes Verwandschaftsverhältnis _____ Anzahl _____

4. Angaben zum Ehegatten / Lebenspartner

Familienname _____
ggf. Geburtsname _____
Vorname _____
Geburtsdatum _____ Geburtsort _____
Staatsangehörigkeit _____ evtl. frühere Staatsangehörigkeit _____

5. Angaben zu den Kindern

Familienname _____	Vorname _____
Geburtsdatum _____	Staatsangehörigkeit _____
Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers	Wohnort _____

Familienname _____	Vorname _____
Geburtsdatum _____	Staatsangehörigkeit _____
Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers	Wohnort _____

Familienname _____	Vorname _____
Geburtsdatum _____	Staatsangehörigkeit _____
Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers	Wohnort _____

6. Aktuelle Wohnanschrift

Straße _____ Hausnummer _____
Postleitzahl _____ Ort _____

7. Kontaktdaten

Telefonnummer _____
Email _____

Ich erkläre, dass ich

- niemals einer Vereinigung angehört habe oder heute angehöre, die den Terrorismus unterstützt oder unterstützt hat.
- niemals zu den Leitern eines Vereins gehörte, der unanfechtbar verboten wurde, weil seine Zwecke oder seine Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet.
- niemals die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet oder mich bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufgerufen oder mit Gewaltanwendung gedroht habe.
- keine früheren Aufenthalte in Deutschland oder anderen Staaten verheimlicht habe.
- keine falschen oder unvollständigen Angaben zu Personen oder Organisationen gemacht habe, die der Unterstützung des internationalen Terrorismus verdächtig sind.
- vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht habe.

Ich werde auf Folgendes hingewiesen:

1. Ich bin verpflichtet, meine Belange und für mich günstige Umstände, soweit sie nicht offensichtlich oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen und die erforderlichen Nachweise über meine persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Bescheinigungen, Erlaubnisse und Nachweise unverzüglich beizubringen. Nach Ablauf der dafür von der Ausländerbehörde gesetzten Frist geltend gemachte Umstände und beigebrachte Nachweise können unberücksichtigt bleiben (§ 82 Abs. 1 AufenthG)

2. Bei Unrichtigen oder unvollständigen Angaben zum Zwecke der Erlangung eines Aufenthaltstitels wiegt das Ausweisungsinteresse nach § 54 Abs. 2 Nr. 8 AufenthG schwer. Dies kann zur Ablehnung des Antrages auf Erteilung / Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis führen. Falls ein Ausweisungsinteresse nach § 54 Abs. 2 Nr. 8 AufenthG besteht, kann dies auch zum Erlass einer Ausweisungsverfügung nach § 53 Abs. 1 AufenthG führen.

Eine Antragsablehnung oder eine Ausweisungsverfügung kann zu einer Abschiebung aus dem Bundesgebiet führen (§ 58 ff. AufenthG).

3. Wer unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen einen Aufenthaltstitel zu beschaffen oder das Erlöschen oder die nachträgliche Beschränkung des Aufenthaltstitels abzuwenden oder eine so beschaffte Urkunde wesentlich zur Täuschung im Rechtsverkehr gebraucht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft (§ 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG).

4. Wer die nach § 49 Abs. 2 AufenthG erforderlichen Angaben zu seinem Alter, zu seiner Identität und Staatsangehörigkeit nicht, nicht richtig oder nicht vollständig macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe bestraft, sofern die Tat nicht in § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG mit Strafe bedroht ist. (§ 95 Abs. 1 Nr. 5 AufenthG)

Allgemeine Informationen über die Verarbeitung Ihrer Daten durch das Landratsamt Erding und Ihre Rechte bei der Verarbeitung Ihrer Daten können Sie im Internet unter <https://www.landkreis-erding.de/datenschutzinformationen/> abrufen. Diese Informationen erhalten Sie bei Bedarf auch von den jeweiligen Sachgebieten vor Ort.

Datum _____

.....
eigenhändige Unterschrift
(bei Minderjährigen Unterschrift des gesetzlichen Vertreters)